



jdzb special

Reformstau auf Japanisch: Wo bleibt die alte Dynamik?

von Gebhard Hielscher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tôkyô

Vortrag auf der Verbandstagung der Deutsch-Japanischen Gesellschaften, Frankfurt/Main 2002

Der Titel meines heutigen Vortrags besteht aus zwei Elementen, nämlich dem Gegensatz zwischen

1. einem – angeblichen – Reformstau in Japan und
2. der – vermeintlich – alten Dynamik des Landes

Zu 1: Reformstau

Damit wird der heute weitgehend im Ausland vorherrschende – und seit einiger Zeit auch in Japan selbst um sich greifende – Eindruck umschrieben, dass mit dem einstigen „Wirtschaftswunderland“ nicht mehr viel los ist, sich in Japan kaum noch etwas bewegt, der ehemalige „Energieprotz“ des Fernen Ostens nur noch lustlos, und anscheinend auch ziellos, vor sich hin dümpelt, Japan womöglich sogar richtig abstürzen könnte.

Die gängigen Stichworte, die zur Charakterisierung dieser Einschätzung Japans verwendet werden, lauten:

- „Stagnation“
- „Rezession“
- „Deflation“ oder pauschaler und überspitzter auch
- der „kranke Mann Asiens“, eine Übersetzung des englischen „the sick man of Asia“

In Japan gehen manche Leute sogar so weit, die gesamten 90er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“ abzuschreiben.

Zu 2: Alte Dynamik

Damit ist gemeint, dass früher – also vor dem Platzen der „Bubble“ oder „Blase“ zu Beginn der 90er Jahre – alles ganz anders gewesen sein soll. Bis zum Ende der 80er Jahre habe es in Japan nur Wachstum und Expansion sowie einen ungebrochenen Optimismus und geradezu himmelstürmenden Ehrgeiz gegeben. Es war die Zeit des weltweiten Vormarsches zuerst der Erzeugnisse der japanischen Exportindustrie und dann, in einer zweiten Phase, der Investitionen japanischen Industriekapitals bis hin zu einigen spektakulären – und spekulativen – Großprojekten wie dem Einstieg von SONY und Matsushita/Panasonic in Hollywood oder dem Erwerb des Rockefeller Center in New York durch Mitsubishi Real Estate.

Ich stehe beiden Elementen, also sowohl dem angeblichen Reformstau im heutigen Japan wie auch der vermeintlichen alten Dynamik in früheren Jahren, eher skeptisch gegenüber. Denn ich bin erstens der Meinung, dass sich in Japan zur Zeit und schon seit einigen Jahren sehr viel mehr im Sinne von Reformen bewegt und verändert als ein Großteil der so genannten öffentlichen Meinung im Ausland wie auch in Japan selbst wahrnimmt oder wahrhaben will, und zwar sowohl politisch wie auch in der Wirtschaft und ganz allgemein in der Gesellschaft. Das soll nicht heißen, dass es in Japan keine großen Strukturprobleme mehr

gibt oder keine verbreitete Unsicherheit gegenüber der Zukunft. Doch glaube ich, dass das Land gleichwohl mitten in einem tiefen Umwandlungsprozess steckt, der fast alle Lebensbereiche berührt. Mit anderen Worten, Japan befindet sich in einem Strukturwandel, der natürlich nicht in ein oder zwei Jahren zu bewerkstelligen ist.

Und zweitens glaube ich, dass die so genannte alte Dynamik Japans immer nur für bestimmte Sektoren galt, und dass es – neben den unbestreitbaren Erfolgen und beeindruckenden Leistungen früherer Jahre – damals auch sehr viel Ineffizienz, Leerlauf und beachtliche Fehlentwicklungen gegeben hat. Die „Bubble“ ist ja nicht umsonst geplatzt. Denken Sie nur an die enormen Diskrepanzen zwischen Industrie und Landwirtschaft, der Großindustrie und den Klein- und Mittelbetrieben, der stark durchrationalisierten Güterproduktion und dem auch heute noch völlig ineffizienten Dienstleistungssektor.

Lassen Sie mich nun meine Einschätzung der heutigen Situation Japans im Einzelnen erläutern.

Zunächst ein paar wirtschaftliche Eckdaten, wobei ich mich auf ein Minimum an konkreten Zahlen beschränken werde.

Erstens:

Es ist nicht zu bestreiten, dass Japan beim Wirtschaftswachstum – trotz gigantischer Stimulierungsprogramme der Regierung – seit Jahren keine großen Sprünge mehr gemacht hat. Allerdings ist die Entwicklung während der 90er Jahre nicht so einheitlich schlecht verlaufen wie oft behauptet wird. So gab es zum Beispiel 1996/97 einen beachtlichen Aufschwung, der aber von der damaligen Regierung Hashimoto durch eine voreilige Steuererhöhung und die gleichzeitige Anhebung der Zuzahlungen zur Krankenversicherung

– ein Gesamtpaket von über 100 Milliarden Euro an Neubelastungen – im Keim erstickt wurde.

BIP, Kalender-Jahre, real; Wachstum in %

1990 = 5,3 %

1991 = 3,1 %

1992 = 0,9 %

1993 = 0,4 %

1994 = 1,0 %

1995 = 1,6 %

1996 = 3,5 %

1997 = 1,8 %

1998 = zuerst –2,8 %, kürzlich auf –1,1 % revidiert

1999 = 0,8 %

2000 = 2,4 %

2001 = –0,5 %

(2002 wohl minus).¹

Zweitens:

Es ist auch richtig, dass Japan seit den 90er Jahren vor allem negative Rekorde produziert, zum Beispiel

- bei der Arbeitslosigkeit, die im Dezember 2001 mit 3,37 Millionen Arbeitslosen erstmals auf 5,6 % kletterte und für das Gesamtjahr die Rekordhöhe von 5 % erreichte. (1997 3,4 %; 1998 4,1 %; 1999 4,7 % = Höchststand seit Beginn der Erhebungen 1953; 2000 3,2 Millionen = 4,7 %)² Die Arbeitslosenrate für 2001 wurde inzwischen auf 5,5 % nach unten korrigiert und hat sich seither weiter bis auf 5,2 % im April 2002 ermäßigt, dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen bis April auf nunmehr 3,75 Millionen gestiegen.³
- bei den Firmenzusammenbrüchen: Die Anzahl der Insolvenz-Fälle mit Außenständen ab 10 Mio. Yen nahm nach Untersuchungen des Forschungs-Instituts der Teikoku-Datenbank von 1999 auf 2000 um 23,4 % auf 19.071 Fälle und die Gesamtsum-

me der Außenstände sogar um drastische 77 % auf 23,99 Billionen Yen zu (Bericht in der *Japan Times* vom 20. Januar 2001). Im Jahre 2001 wurde schließlich der bisherige Nachkriegsrekord von 20.841 Fällen aus dem Jahre 1984 übertroffen.

- bei der Staatsverschuldung: Zentralregierung und Gebietskörperschaften in Prozent des jährlichen Bruttoinlandprodukts, per Ende März = Ende des Fiskaljahrs:

1971 = 9,6 %

1981 = 48,1 %

1991 = 60,6 %

1995 = 76,8 %

1998 = 97,4 %

1999 = 111,2 %

2000 = 122,7 %

2001 = 135,3 %

2002 = 140,8 %⁴

(zum Vergleich: Deutschland ca. 60 %, was einem der drei Kriterien für den Beitritt zum Euro entspricht)

Die Staatsverschuldung betrug Anfang der 70er Jahre weniger als 10 %, nahm bis Anfang der 80er Jahre auf fast 50 % zu und überstieg gegen Ende der 90er Jahre die 100 %-Schwelle: Japans öffentliche Schulden sind seither also höher als die gesamte Wirtschaftsleistung eines Jahres, und sie steigen weiter. Per Ende März 2002 wird mit einer Schuldenquote von etwa 140 % gerechnet

- bei der Höhe der „faulen“ Kredite (neutraler: Problemkredite) der Banken: Darüber gibt es keine wirklich gesicherten Zahlen, weil Meinungen und Maßstäbe sehr unterschiedlich sind. Es kommt hinzu, dass Yen-Beträge der hier gegebenen Größenordnungen für uns nur schwer nachvollziehbar sind und ich mich selbst nicht gerade für einen Experten des Bank- und Finanzwesens halte.

Um Ihnen eine Vorstellung von der Größenordnung und Komplexität des Problems zu geben, möchte ich einige Zahlen aus dem Leitartikel der *Japan Times* vom 30. Mai 2002 zitieren. Danach hielten die 13 größten Banken Japans per Ende März 2002 „Problemkredite“ im nominellen Gesamtwert von etwa 27 Billionen Yen, zum derzeitigen Umrechnungskurs sind das ungefähr 230 Mrd. Euro. Der Betrag war um rund 40 % höher als im vorausgegangenen Geschäftsjahr. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass sich das Problem erheblich vergrößert und die Lage der Banken dramatisch verschlechtert hat. Doch die Zunahme ist in erheblichem Maße darauf zurückzuführen, dass die Bankenaufsicht in Japan wesentlich verschärft worden ist, seit sie aus dem Finanzministerium ausgegliedert und einer neu geschaffenen Aufsichtsbehörde übertragen wurde. Diese hat strengere Maßstäbe bei der Beurteilung der Kreditbestände der Banken angelegt – mit der Folge, dass viele Kredite, die von den Banken früher mit Duldung des Finanzministeriums als unproblematisch eingestuft worden waren, nun den Problemkrediten zugerechnet werden. Mit anderen Worten, die derzeitige Zunahme der „faulen Kredite“ ist weitgehend das Zwischen-Ergebnis allmählich wirksam werdender Reformen des maroden japanischen Banken- und Finanzsektors. Diese Reformen waren noch von der Regierung Hashimoto beschlossen worden, die von November 1996 bis Juli 1998 amtierte.

Das Beispiel zeigt zweierlei:

- dass es in Japan durchaus Struktur-Reformen gibt,
- dass diese aber eine gewisse Zeit brauchen, bevor sie greifen.

Man sollte daher über die Reformpläne der derzeitigen Regierung Koizumi, die erst ein gutes Jahr im Amt ist, nicht schon jetzt den Stab brechen.

Nun komme ich zu den Entlastungsfaktoren im scheinbar so trüben Gesamteindruck vom Zustand der japanischen Wirtschaft.

Japan verfügt auch über

- 1) die mit Abstand höchsten Währungsreserven der Welt, letzter Stand: ca. \$ 400 Mrd. (Ende 2000 \$ 361,64 Mrd. Euro-Zone, Ende 2000 noch 11 Mitglieder, \$ 262,4 Mrd.; VR China \$ 168,9 Mrd.; Hong Kong \$ 107,5 Mrd.; Taiwan \$ 106,75 Mrd.; Süd-Korea \$ 96,2 Mrd.; Singapur \$ 80,1 Mrd.; Deutschland \$ 62 Mrd.)
- 2) riesige private Ersparnisse, die es Japan ermöglichen, seine Staatsschulden weitgehend aus eigener Kraft – anders als etwa die USA – und damit derzeit auch zu äußerst niedrigen Zinsen zu finanzieren. (Die einschlägigen Zahlen, die obendrein nur begrenzt vergleichbar sind, werden immer erst mit einiger Verspätung veröffentlicht. 1998 lagen die USA mit \$ 30.265 Mrd. abzüglich Außenständen von \$ 6.195 Mrd = \$ 24.070 Mrd. weltweit an der Spitze, gefolgt von Japan mit Yen 125,41 Billionen abzüglich YEN 38,17 Billionen Außenständen = Yen 87,24 Billionen, das sind etwa \$ 6.665 Mrd. und Deutschland mit DM 5683 Mrd. abzüglich Außenständen von DM 417 Mrd = DM 5266 Mrd.)
- 3) Japan ist außerdem die größte Gläubigernation der Welt und finanziert z. B. einen Großteil der US-Staatsschulden, worüber in der Öffentlichkeit allerdings kaum gesprochen wird. (Als Minister-Präsident Hashimoto bei einem Besuch in Washington im Zuge schwieriger Verhandlungen mit der US-Regierung vor Journalisten andeutete, Tōkyō könnte notfalls einen Teil seiner “US-Schätze” abstoßen, löste er damit – wegen der möglichen Konsequenzen für die Finanzmärkte der Welt –

sowohl in den USA als auch in Japan einen Sturm der Entrüstung aus, woraufhin Hashimoto seine eigenen Worte schleunigst wieder „zurücknahm“.)

- 4) Japan produziert weiterhin zwar tendenziell sinkende, aber immer noch höchst beachtliche Überschüsse in der Handelsbilanz (anders als die USA und Großbritannien) und der Leistungsbilanz (anders als die USA, Großbritannien, aber auch Deutschland).
- 5) Japans wirtschaftliche Pro-Kopf-Leistung (BIP per Capita) gehört mit über \$ 35.000 für 1999 (die entsprechenden OECD-Vergleichs-Daten werden immer erst zwei Jahre später veröffentlicht) weiterhin zu den höchsten der Welt. Das Ergebnis entspricht etwa dem der USA und liegt deutlich über den Werten für Deutschland und die anderen großen Volkswirtschaften der Europäischen Union; eine höhere Pro-Kopf-Leistung weisen nur einige Kleinstaaten Europas auf, die jedoch kaum vergleichbar sind.

BIP pro Kopf für 1999 in \$ nach OECD Daten vom Juli 2001

1. Luxemburg	\$	44.688
2. Schweiz	\$	36.247
3. Japan	\$	35.517
4. Norwegen	\$	34.443
5. USA	\$	33.836
6. Dänemark	\$	33.124
7. Island	\$	31.139
8. Schweden	\$	27.256
9. Deutschland	\$	25.729
10. Niederlande	\$	24.906
11. Belgien	\$	24.347
12. Großbritannien	\$	24.228
13. Frankreich	\$	23.912
14. Italien	\$	20.473
EU 15 Durchschnitt	\$	22.611

6) Japans BIP per Capita hat sich im Durchschnitt der angeblich verlorenen 90er Jahre (1990–99) gegenüber den angeblich so strahlenden 80er Jahren (1980–89) nominell mehr als verdoppelt (von ca. \$ 14.660 auf ca. \$ 33.380; nach eigenen Berechnungen auf Grundlage der OECD Zahlen).

7) Um Schwankungen der Devisenkurse bereinigt, ergibt der Vergleich zwischen zwei Jahren mit ähnlichem Yen/Dollar-Kurs eine reale Zunahme von immerhin fast 30 %, nämlich
 1988 (1 \$ = 128,15 Yen) \$ 23.382
 1998 (1 \$ = 130,90 Yen) \$ 30.025 = +28,4 %.

Von einem verlorenen Jahrzehnt kann da also kaum die Rede sein!

Vorstellungen, dass sich Japan in einer ähnlich kritischen Lage befinde wie etwa Argentinien und es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis Japan in ähnlicher Weise abstürzen könnte, finde ich einfach lächerlich – auch wenn solche Überlegungen unlängst sogar von einem so renommierten Blatt wie der *Financial Times* angestellt wurden.

Lassen Sie mich nun über die Reformen sprechen, die mir in Japan in letzter Zeit aufgefallen sind, und zwar besonders seit der Regierungsübernahme durch Ministerpräsident Koizumi vor gut einem Jahr (Ende April 2001).

Zunächst möchte ich auf die politischen Veränderungen im engeren Sinne eingehen:

1) Die Verabschiedung des Sondergesetzes für Anti-Terrormaßnahmen (Tero Taisaku Tokubetsu-Hô): Koizumi hatte nach den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 dem US-Präsidenten George W. Bush „uneingeschränkte Solidarität“ bei der Bekämpfung des Terrors versprochen; übrigens

fast mit den selben Worten wie Bundeskanzler Gerhard Schröder. Allerdings war die Ausgangslage Japans eine ganz andere als die Deutschlands. Während die deutsche Regierung seit dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 die Bundeswehr überall in der Welt einsetzen kann, sofern der Bundestag mehrheitlich zustimmt, wird in Japan immer noch darüber gestritten, ob die seit Mitte der 50er Jahre aufgebaute Armee, die so genannten Selbstverteidigungsstreitkräfte (Jieitai), überhaupt verfassungsmäßig ist.

Nach dem Wortlaut von Artikel 9 der japanischen Nachkriegsverfassung muss man eigentlich zu dem Schluss kommen, dass Japan keine organisierten Streitkräfte unterhalten darf, die japanische Armee also verfassungswidrig ist. Tôkyô behalf sich mit der aus dem Völkerrecht abgeleiteten Auslegung: kein souveräner Staat könne wirksam auf das Recht der Selbstverteidigung verzichten. Deshalb heißt die japanische Armee auch „Jieitai“, was man etwa als „Selbstverteidigungstruppe“ übersetzen kann. Aber nach herrschender Meinung darf sich Japan nicht an einem System kollektiver Sicherheit beteiligen. Deshalb verpflichtet der Japanisch-Amerikanische Sicherheitsvertrag zwar die USA einseitig zur Verteidigung Japans, aber nicht Japan zur Verteidigung der USA. Japan stellt als Gegenleistung nur Stützpunkte zur Verfügung und trägt einen erheblichen Teil der Stationierungskosten.

Zur Zeit des Golfkriegs brauchte die damalige japanische Regierung Kaifu ungefähr eineinhalb Jahre, um ein Gesetz über die begrenzte Zusammenarbeit mit „friedenserhaltenden Maßnahmen“ (peace keeping operations = PKO) der Vereinten Nationen zustande zu bringen. Und erst nach Beendigung der Kampfhandlungen konnte Japan einige Minensuchboote nach Nahost entsenden, um bei der Bewältigung der Kriegsfolgen zu helfen.

Tôkyôs großer finanzieller Beitrag zu den Kriegskosten bewahrte Japan nicht vor beträchtlicher Kritik.

Das von der Regierung Koizumi eingebrachte Anti-Terror-Gesetz wurde binnen nur eines Monats vom Parlament verabschiedet. Und schon Anfang November liefen fünf Schiffe der japanischen Marine in den Indischen Ozean aus, um US-Kampfeinsätze in Afghanistan logistisch (mit Brennstoff und Proviant, nicht mit Munition) zu unterstützen.

Ohne Zweifel hat Japan damit einen Riesenschritt in Richtung einer Neuorientierung der Grundlagen seiner Sicherheitspolitik unternommen.

- 2) Kürzlich hat die Regierung Koizumi im Parlament ein Paket von Gesetzen für den Fall eines Notstands eingebracht. In der alten Bundesrepublik Deutschland wurden die Notstandsgesetze bereits in den 60er Jahren durchgesetzt. In Japan hat jahrzehntelang keine Regierung den Mut aufgebracht, dieses heftig umstrittene Thema anzupacken. Ob und in welcher Form Koizumis Vorlagen Gesetz werden, ist noch völlig offen. Aber jedenfalls hat diese Regierung mit ihrer Initiative ein großes Tabu gebrochen.
- 3) Koizumi hat unlängst während einer Parlamentsdebatte erstmals seit Jahrzehnten das heiße Eisen von Artikel 9 der Verfassung direkt angepackt und erklärt, dass er eine Änderung des Wortlauts anstrebt. Bisher ist Japans Nachkriegsverfassung noch kein einziges Mal geändert worden (das deutsche Grundgesetz hingegen schon über 40 Mal).

Die wirtschaftlichen Reformvorhaben der Regierung Koizumi machen sich bisher weniger spektakulär aus, sollten aber nicht unterschätzt werden.

- 4) Die Begrenzung der Neuverschuldung ist hier zu nennen, die im neuen Staatshaushalt (ab 1. April 2002) erstmals in Angriff genommen wurde; diese Linie soll im nächsten Haushalt noch verschärft werden (durch ein Einfrieren des Haushaltvolumens).
- 5) Ferner hat die Regierung eine umfassende Neuordnung der zahllosen Körperschaften öffentlichen Rechts eingeleitet. Auf diese entfiel bisher ein Großteil aller staatlichen Subventionen und sie boten obendrein den Beamten der Ministerialbürokratie eine Vielzahl lukrativer Altersjobs, ein Phänomen, das in Japan unter dem Begriff *amakudari* (etwa: vom Himmel herabsteigen) bekannt ist. Diesen ganzen Sumpf und Filz trocken zulegen, ist eine Riesenaufgabe, die von der Regierung Hashimoto eingeleitet wurde und von der Regierung Koizumi beachtliche neue Impulse erhielt. Doch ist das Thema viel zu komplex und der Zeitpunkt viel zu früh, um sich darüber jetzt schon ein Urteil zu bilden.
- 6) Als ein Teilaspekt dieses Themas kann auch die besonders innerhalb von Koizumis eigener Liberaldemokratischer Partei (LDP) heftig umstrittene Postreform genannt werden. Sie ist zugleich ein Ausdruck der Entschlossenheit Koizumis, auch seine eigenen Parteifreunde zu konfrontieren. Die einschlägigen Gesetzesvorlagen wurden dem Kabinett ohne die bisher übliche inhaltliche Zustimmung der zuständigen LDP-Gremien zugeleitet und von diesem prompt verabschiedet. Auch hier kann erst die Auseinandersetzung im Parlament zeigen, wieviel an Reformen dabei herauskommt.

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen, dass Koizumi ein Kämpfer ist, wie ich ihn in 35 Jahren Japan-Beobachtung noch nicht erlebt habe. Man sollte ihn nicht unterschätzen und vor allem nicht schon

abschreiben, nur weil seine Popularität nach der Entlassung von Außenministerin Tanaka Makiko von vorher rund 80 % auf derzeit etwa 40 % gefallen ist – das entspricht etwa den Werten für Bundeskanzler Schröder.

Die nächsten Unterhauswahlen sind erst in zwei Jahren fällig. Vorher lässt sich die Regierung nur durch ein erfolgreiches Misstrauensvotum stürzen, oder dadurch dass die Regierungskoalition auseinander bricht. Bisher ist auch nicht erkennbar, dass Koizumi das Unterhaus vorzeitig auflösen will, wozu er ähnlich wie ein britischer Premierminister jederzeit berechtigt wäre. Ein solcher Schritt wäre m. E. erst zu erwarten, wenn die Popularität seiner Regierung wieder steigt – was ich durchaus für möglich halte – oder falls Koizumi in einer aktuellen Auseinandersetzung mit der Opposition oder mit Reform-Gegnern in seiner eigenen Partei das Votum der Wähler sucht. Ich selber halte es derzeit für wahrscheinlicher, dass Koizumi seine volle Amtsperiode ausreizen, also bis zum Sommer 2004 mit seinem jetzigen Kabinett weiter regieren will.

Das wäre auch ein Stück politischer Reform. Denn von den 28 Nachkriegsregierungen Japans haben nur fünf drei Jahre oder länger amtiert:

- die zweite Regierung Yoshida von Oktober 1948 bis Dezember 1954
- die Regierung Kishi von Februar 1957 bis Juli 1960
- die Regierung Ikeda von Juli 1960 bis November 1964
- die Regierung Satô von November 1964 bis Juli 1972
- die Regierung Nakasone von November 1982 bis November 1987

Übrigens hat Koizumi seiner eigenen Partei bisher auch die früher mindestens einmal im Jahr übliche generelle Kabinetts-Umbildung verweigert. Diese Unsitte bezweckte vor allem, möglichst viele LDP-Abgeordnete zu Ministern zu machen, um ihre Wahlchancen zu verbessern. Die unerfreuliche Nebenwirkung war eine Entwertung der Ministerämter und die Stärkung der Ministerialbürokratie. Dass Japan seit Jahrzehnten mehr verwaltet als regiert wird, hat hier eine ihrer Hauptursachen. Auch in diesem Punkt will Koizumi offenbar reformieren. Bei der Regierungsübernahme im April 2001 erklärte er unmissverständlich, die neuen Minister sollten sich – von unvermeidlichen Einzelfällen abgesehen – darauf einstellen, bis zu den nächsten Wahlen zu dienen. Mal sehen, wie lange Koizumi dem Druck seiner Partei widerstehen kann!

An Stelle einer Schlussbemerkung: ich bin gebeten worden, auch etwas zum gegenwärtigen Deutschlandbild in Japan zu sagen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich dazu auf meinen ausführlichen Schlussartikel als Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in der SZ vom 15. Januar 2000 „Zum Wandel in der gegenseitigen Einschätzung von Deutschen und Japanern“, also in beiden Richtungen, hinweisen. Vielen Dank für Ihre Geduld.

Anmerkungen

¹ Daten bis 1999 nach Japan Statistical Yearbook (<http://www.stat.go.jp/english/data/nenkan>); Daten ab 2000 nach Cabinet Office, Development of Real GDP (Year) (<http://www.esri.cao.go.jp/jp/sna/qe014-2/nen.html>); Daten ab 1997 auch nach Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (<http://www.oecd.org>)

² Daten bis 2000 nach Japan Statistical Yearbook; für 2001 nach Presseberichten, z. B. *Asahi Shimbun* Abendausgabe vom 29. Januar 2002 und *Japan Times* vom 30. Januar 2002.

³ vgl. dazu *Japan Times* vom 1. Juni 2002, Seite 12.

⁴ Zahlen bis 1999 laut Rechnungsabschluss der Finanzbehörden einschl. Nachtragshaushalten; ab 2000 gemäß Schätzungen der Regierung.

Zur Person

Gebhard Hielscher leitet das Büro Tôkyô der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES, seit März 2001 und vorher schon 1967/68), lehrt an der Betriebswirtschaftlichen Fakultät der Kanagawa-Universität (als "Sonderprofessor"; seit April 2000) und hat über 30 Jahre lang als Journalist aus Ostasien berichtet (1971-2000 als Fernost-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in München).

1935 in Tilsit/Ostpreußen geboren, verbrachte Hielscher 1953/54 als Austauschschüler des American Field Service (AFS) in den USA (Minneapolis, Minnesota), studierte Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin und in Freiburg (Breisgau; Abschluss 1960) und bestand sein Assessorexamen 1966 in Stuttgart.

Er war Vorsitzender des Foreign Correspondents' Club of Japan (FCCJ; 1994/95) und zeitweilig Mitglied verschiedener Beiräte japanischer Behörden (Bauministerium, Arbeitsministerium, Wirtschaftsplanungsamt, Stadtver-

waltung Tôkyô, Amt für Wissenschaft und Technologie, Provinzverwaltung Hyôgo) und Organisationen (Japan Foundation). Er ist Mitglied des Deutsch-Japanischen Forums sowie Vorstandsmitglied der Japanisch-Deutschen Gesellschaft für Rechtswissenschaften und der Japan International Labour Foundation (JILAF).

Buchveröffentlichungen deutsch (Auswahl): *Die Frau in Japan* (Hrsg.), Erich Schmidt Verlag, Berlin 1984; *Land&Leute Japan* (Verf.), Polyglott Verlag, München 2002.

Buchbeiträge zu Themen wie: Sozialismus in Japan (1968), Kommunismus in Japan (1969), Gesellschaft und Innenpolitik in Japan und Deutschland (1977), Rolle und Stellung der Frau in Japan (1979), Klischees, Mythen und Realitäten – Japan mit kritischer Brille (1986), Konturen einer deutschen Japan-Politik (1993), Die sechs japanischen unter den 50 größten Medienkonzernen der Welt (2000), Wie Japan und Deutschland mit dem 2. Weltkrieg umgehen (2001).



Der Autor auf einer Tagung im JDZB im August 2002, zusammen mit (v.r.n.l.) Staatssekretär Alexander Müller (Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft), dem Botschafter von Japan, Nomura Issei, und der Generalsekretärin des JDZB, Angelika Viets.

JDZB SPECIAL

Herausgeber: Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB)
 Anschrift: Saargemünder Str. 2, 14195 Berlin
 Tel.: (030) 839 07 0, Fax: (030) 839 07 220
 E-Mail: jdzb@jdzb.de, URL: <http://www.jdzb.de>

Redaktion: Inge Hoppner, Tel: (030) 839 07 173
 E-Mail: ihoppner@jdzb.de
 Michael Niemann, Tel: (030) 839 07 186
 E-Mail: mniemann@jdzb.de